

dowas

# 40 Jahre dowas

Obdachlosigkeit beenden.

Wie geht das?

29. September 2022

Theater Kosmos, Bregenz

# 40 Jahre dowas Obdachlosigkeit beenden. Wie geht das? 29. September 2022 Theater Kosmos, Bregenz

## INHALT

- 2 **40 Jahre dowas – Ein Grund zum Feiern!?**  
Peter Brunner
- 8 **Housing First**  
Juha Kahila
- 14 **Obdach- und Wohnungslosigkeit in Österreich beenden**  
Elisabeth Hammer
- 20 **Ansätze und Strategien für Vorarlberg**  
Michael Hämmerle
- 28 **Fördergeber**

## 40 Jahre dowas – Ein Grund zum Feiern!?

Der Verein **dowas** feierte 2022 sein 40-jähriges Bestehen. Im Zusammenhang mit diesem Jubiläum, das wir natürlich gebührend feiern wollten, stellten wir uns die Frage: Ist das wirklich ein guter Grund zum Feiern?

**dowas** wurde vor vierzig Jahren gegründet, um Wohnungs- und Arbeitssuchende zu unterstützen und hatte immer auch den Anspruch, grundlegende und nachhaltige Veränderungen zum Guten für Menschen in sozialen Notlagen zu bewirken. Die Tatsache, dass es den Verein nach 40 Jahren offenbar immer noch in der gleichen Weise braucht ist daher durchaus ernüchternd.

Wir stellen fest, dass unsere Notschlafstelle nach wie vor häufig voll besetzt ist und daher Personen in der Nacht abgewiesen werden müssen. Wir stellen fest, dass Menschen mangels Wohnraums immer noch den Treffpunkt nutzen müssen, um dort wenigstens für einen Teil des Tages ihre rudimentärsten existentiellen Grundbedürfnisse abdecken zu können. Wir stellen fest, dass immer noch viel zu viele Menschen der Obdachlosigkeit und damit der schärfsten Form der Armut ausgesetzt sind. Wir stellen fest, dass Wohnraum zu teuer und zu rar ist, und daher viele Menschen von Armut, Wohnungsnot und Gefährdung ihrer Wohnmöglichkeit betroffen sind. Und trotz der vielen Warnungen und Hinweise auf anstehende und kommende Probleme, die **dowas** während der letzten 40 Jahre als Kenner der Materie gemeinsam mit vielen anderen gegeben hat, steht zu befürchten, dass sich die Situation noch weiter verschlechtern wird.

Und dennoch, es ist natürlich ein guter Grund zum Feiern. Wir können feiern, dass es gelungen ist, 40 Jahre lang in vielfältiger Weise Unterstützung und Hilfe geben zu können. Es ist ein Grund zum Feiern, dass sich über so viele Jahre hinweg engagierte Menschen zusammenfanden und immer noch zusammentun, um die Vereinsziele zu unterstützen und mitzuarbeiten, sei es ehrenamtlich oder hauptamtlich, als Mitglied, Mitarbeiter\*in oder Unterstützer\*in auf unterschiedlichen Ebenen.

### **Einen Ort für Wohnungs- und Arbeitssuchende schaffen**

Die Europäische Union hat im Rahmen des Aktionsplanes zur europäischen Säule sozialer Rechte unter dem Titel *Sozialschutz und soziale Inklusion* mit dem Aspekt des Lebens in Würde im Juni 2021 die Europäische Plattform zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit etabliert und eine Deklaration zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit herausgegeben, die auch Österreich unterzeichnet hat. Es wurde das Ziel formuliert, Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden.

Dabei wird auch das Modell von Housing First als ein sehr erfolgversprechender Ansatz gewürdigt. Housing First ist ein international anerkannter, evidenzbasierter Ansatz, der unabhängiges, stabiles Wohnen als Plattform nutzt, um Menschen mit vielfältigen und komplexen Bedürfnissen zu ermöglichen, sich zu erholen und aus der Obdachlosigkeit herauszukommen. Durch die Bereitstellung intensiver, flexibler und personenzentrierter Unterstützung können 70–90 % der Housing First Bewohner\*innen ihre Wohnung halten. Ein Zuhause zu haben führt zu Verbesserungen der

Gesundheit und des Wohlbefindens und reduziert den ineffektiven Kontakt mit kostspieligen öffentlichen Diensten. Im Gegensatz zu anderen Modellen des betreuten Wohnens müssen Einzelpersonen nicht nachweisen, dass sie für eine unabhängige Unterbringung bereit sind, oder eine Reihe von Unterbringungs- und Behandlungsdiensten durchlaufen. Es werden keine Bedingungen an sie gestellt, außer der Bereitschaft, einen Mietvertrag aufrechtzuerhalten. Housing First ist darauf ausgelegt, langfristige, unbefristete Unterstützung für ihre laufenden Bedürfnisse zu bieten.

Diese Idee, die sich bestechend einfach anhört, dürfte einigen ziemlich bekannt vorkommen und gerne gebe ich hier dazu ein wenig Vereinsgeschichte wieder.

**dowas** entstand im Jahr 1981, als sich engagierte Jugendarbeiter\*innen, politisch und sozial engagierte Bürger\*innen sowie weitsichtige Beamt\*innen der Stadtverwaltung in Bregenz beherzt einem offenkundigen Problem annahmen, das ihnen täglich begegnete:

Eine Gruppe obdach- und arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsene schlugen sich mitten in Bregenz durch, indem sie sich mit kleineren Delikten, Einbrüchen und dergleichen über Wasser zu halten versuchten. Anstatt aber nach noch mehr ordnungspolitischen oder polizeilichen Maßnahmen zu rufen, die ohnehin schon erfolglos versucht worden waren, handelten die mit diesen offenkundigen sozialen Problemen konfrontierten späteren Vereinsgründer\*innen mit einer sehr pragmatischen Lösung: Sie stellten eine Wohnung als behelfsmäßige Unterkunft für die obdachlosen jungen Menschen zur Verfügung und schufen so für diese einen Ort, von dem aus sie mit Unterstützung auf Wohnungs- und Arbeitssuche gehen konnten. Nachdem die notwendige Begleitung und Betreuung anfänglich ehrenamtlich organisiert wurde, konnte sich dank vieler engagierter und innovativer Menschen aus dieser bürgerschaftlichen Initiative der Verein **dowas** bilden, dessen Gründung 1982 erfolgte.

Dieser bestechend einfache Zugang, wohnungs- und arbeitslosen Menschen zuerst einen eigenen Ort, eine Wohnung zu geben und dazu auch die bedarfsgerechte Unterstützung sicherzustellen, hat damals funktioniert und tut es jetzt noch.

Doch natürlich, es braucht dazu Wohnungen und in einigen Situationen muss auch intensive Betreuung gewährleistet sein. Sowohl die Wohnungen als auch die zeitlichen Ressourcen waren in den 40 Jahren bisher Mangelware.

### **Eine Wohnung ist nicht alles, aber ohne Wohnung ist alles nichts**

Über die vergangenen 40 Jahre hat **dowas** einige für Vorarlberg neue Angebote und Möglichkeiten der Hilfe für wohnungs- und arbeitslose Menschen geschaffen, die bis heute bestehen.

**dowas** gründete beispielsweise 1983 das erste Arbeitsprojekt in Vorarlberg, aus dem sich später eine Schlosserei und Tischlerei entwickelten. Diese arbeitsmarktorientierten Angebote wurden später mit der Gründung von Integra Vorarlberg im Jahr 2004 in eine eigene Gesellschaft ausgelagert.

Im Jahr 1983 legte **dowas** mit einer Wohngemeinschaft mit Notübernachtungsmöglichkeit die Basis für die heutige, schließlich im Jahr 1993 umgesetzte Notschlafstelle. Im gleichen Jahr konnte im selben Gebäude auch der Treffpunkt als Tageszentrum etabliert werden.

**dowas** bildete mit seinem schon vor Jahrzehnten eingeführten Angebot an betreuten Einzelwohnungen eine Brücke für viele Menschen, die auf dem noch immer dysfunktionalen Vorarlberger Wohnungsmarkt unversorgt waren und sind.

Und die Beratungsstelle von **dowas** mit Beratungs- und Betreuungsangeboten war von Anfang an integraler Bestandteil einer durchaus wechselhaften Geschichte im Kampf um Rahmenbedingungen, Ressourcen und Zugang zu Wohnraum für Menschen.

### **Ein Ort für Wohnungs- und Arbeitssuchende bleiben**

**dowas**, nach wie vor stark in Bregenz verwurzelt, bietet Unterstützung und Hilfe durch die Notschlafstelle, das Tageszentrum Treffpunkt, die Beratungsstelle sowie durch das Angebot des betreuten Wohnens. Delogierungsprävention, Haftentlassenenhilfe, niederschwellige Suchthilfe und andere gezielte Unterstützungsangebote ergänzen diese Möglichkeiten für unterschiedlichste Zielgruppen. Im Jahr 2022 nutzen 1043 Personen zumindest eines dieser Angebote, wobei die anonymen Besuche im Treffpunkt hier nicht mitgezählt sind. Damit ist **dowas** nach wie vor, wie bei der Gründung vor 40 Jahren, der Ort für Wohnungs- und Arbeitssuchende geblieben.

Im Zentrum der Bemühungen von **dowas** standen und stehen auch die Verbesserung jeweiligen strukturellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. **dowas** brachte sich in der Vergangenheit in alle maßgeblichen Debatten ein: Sei es bei der Änderung des Mietrechtsgesetzes, mit dessen Erweiterung um die Bestimmungen des § 33a im Jahr 1999 die Möglichkeit geschaffen wurde, dass Informationen über Fälle drohender Delogierungen an die Gemeinden weitergegeben und somit frühzeitige Delogierungsprävention ermöglicht wurde. Ab 1998 fungierte **dowas** einige Jahre auch als Koordinationsstelle für die Delogierungsprävention in Vorarlberg.

Auch die Bemühungen zur Änderung des Meldegesetzes, damit überhaupt Melde- und Kontaktmöglichkeiten für Obdachlose Menschen geschaffen werden konnten, wurden von **dowas** unterstützt. Leider sind aber immer noch, trotz der im Jahr 2001 erfolgten Einführung des § 19a Meldegesetz wesentliche Lücken gegeben, die in Bezug auf die Wahrnehmung von Bürgerrechten und die Wohnungs- und Arbeitssuche ausgrenzend und erschwerend wirken.

In jahrelangen Bemühungen um die schließlich im Jahr 2001 erfolgte Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, mit dem das alte aus dem Jahr 1971 stammende Sozialhilfegesetz ersetzt wurde, hat sich **dowas** sehr intensiv mit eingebracht. Leider hat dieser Meilenstein der sozialen Absicherung, der durchaus wesentliche Verbesserungen für viele armutsbetroffene Menschen brachte, nicht lange gehalten. Mit Einführung des unsäglichen Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes 2019 wurden nicht mal 10 Jahre danach viele Errungenschaften aus den vergangenen Jahrzehnten zunichte gemacht. Unsere diesbezüglichen Proteste und Interventionen, gemeinsam mit vielen anderen, hatten leider nicht den gewünschten Erfolg. Im Vorfeld und auch im Nachgang zu diesem Sündenfall hat **dowas** allerdings nicht nachgelassen, die wesentlichen Kritikpunkte an den gesetzlichen Bestimmungen öffentlich zu thematisieren. Wenngleich seit der Einführung des vordergründig neuen, aber im Geiste uralten Gesetzes geringfügige Verbesserungen durchgeführt wurden, bleibt dieses Gesetz eines der größten Baustellen und Hindernisse in

den Bemühungen um eine armutsfeste Versorgung für die Menschen in unserem Land.

**dowas** war über die vergangenen 40 Jahre maßgeblich daran beteiligt, dass Arbeitsgruppen und Initiativen zur Vernetzung und intensiver Zusammenarbeit von Einzelpersonen oder anderen Organisationen gepflegt wurde. Wir waren Gründungsmitglied der Vorarlberger Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe und sind auch bundesweit vernetzt als Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.

### **Einen Ort zum Wohnen geben**

Unter dem Eindruck dieser langen Geschichte der Zusammenarbeit auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne Wohnungslosigkeit haben wir diese sehr wichtige Initiative der Europäischen Union im Rahmen unseres 40 Jahr Jubiläums gerne aufgegriffen.

Am 29. September 2022 veranstalteten wir daher unter dem Titel *Obdachlosigkeit beenden – Wie geht das?* ein Symposium, zu dem wir hochkarätige Fachleute, Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung sowie viele Kolleg\*innen aus anderen sozialen Organisationen und natürlich unsere Mitglieder eingeladen haben. Mit freundlicher finanzieller Unterstützung durch das Bundessozialministerium, das Land Vorarlberg und der Landeshauptstadt Bregenz konnten wir mit Herrn Juha Kahila (Finnland), Frau Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Hammer (Wien) und Michael Hämmerle (Dornbirn) anerkannte Fachleute als Gäste und Vortragende begrüßen.

Das Symposium ermöglichte mehr als 140 Teilnehmerinnen aus Politik, Verwaltung und Sozial- und Gesundheitswesen, sich zu den Erfahrungen und Erfolgen aus Finnland bei der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, den Strategien und Ansätzen in der EU, in Österreich und auch in Vorarlberg zu informieren und auseinanderzusetzen. Die Veranstaltung im Theater Kosmos in Bregenz wurde durch eine Grußbotschaft von Johannes Rauch, Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, sowie durch Eröffnungsstatements von Michael Ritsch, Bürgermeister der Stadt Bregenz, Katharina Wiesflecker, Landesrätin für Soziales und Martina Rüscher, Landesrätin für Gesundheit, eröffnet.

Mit den aufschlussreichen Beiträgen der eingeladenen Fachleute Elisabeth Hammer aus Wien, Herr Juha Kahila aus Finnland und Michael Hämmerle aus Dornbirn konnte eine fachlich hochstehende Veranstaltung durchgeführt werden. Das Thema Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und mögliche Lösungsansätze wurden dabei intensiv und von verschiedenen Seiten, auf europäischer, österreichischer und auf Ebene des Landes beleuchtet und Erfahrungen und Lösungswege vorgestellt.

Dank der schon seit Jahren konsequenten und parteiübergreifenden Ausrichtung auf das gemeinsame politische Ziel, Menschen Wohnraum zu geben, gilt Finnland als Vorbild in der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, dessen Erfolge international beispielgebend sind. Besonders eindrücklich war, als Herr Kahila von der y-foundation, die in Finnland 18.500 Wohnungen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit betreibt, unter anderem darauf hinwies, dass in ganz Helsinki kein Obdachloser auf der Straße zu finden sei. Im Vergleich zu Finnland ist da wohl noch einiges für uns zu tun!

Mutmachend berichtete die Geschäftsführerin des neunerhaus und BAWO Obfrau Frau Elisabeth Hammer u. a. von dem Projekt Zuhause ankommen, das in Österreich eine große Resonanz findet und vielen Menschen eine gute Möglichkeit zur Erlangung von Wohnraum bietet.

Michael Hämmerle, Sprecher der Arge Wohnungslosenhilfe und stv. Geschäftsführer der Kaplan Bonetti Sozialwerke, strich unter anderem die Bedeutung der schnellen und ausreichenden Versorgung mit leistbarem Wohnraum hervor und würdigte die bisher erreichten Erfolge in Vorarlberg, an denen auch **dowas** beteiligt ist.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion durften wir mit Landerätin Katharina Wiesflecker, Stadträtin Annette Fritsch und Elisabeth Hammer sehr kundige und engagierte Gesprächspartnerinnen begrüßen.

Und wie lautet nun die Antwort auf unsere gestellte Frage: „Obdachlosigkeit beenden – Wie geht das?“

### **Wohnraum zur Verfügung stellen. It's just that simple.**

Und daran werden wir natürlich weiter arbeiten müssen, um das gesetzte Ziel, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden, erreichen zu können.

Im Anschluss an das Symposium fand im Restaurant Kesselhaus in Bregenz ein Fest statt, bei dem das Jubiläum gebührend gefeiert wurde. Die aus vielen Gesprächen, Diskussionsbeiträgen und den guten Begegnungen gewonnenen Einblicke und Anregungen dürfen uns daher zuversichtlich stimmen: Der Verein **dowas** wird auch weiterhin der Ort für Wohnungs- und Arbeitssuchende bleiben, solange es unseren Verein eben noch braucht.

In der Woche vom 26. bis 29. September 2022 und darüber hinaus fanden anlässlich des Jubiläums auch noch einige Aktionen statt: Wir haben Nutzer\*innen unserer Angebote eingeladen, ihre Lebenswelt fotografisch festzuhalten. Einige dieser spannenden Aufnahmen sehen Sie rechts und auf der Seite 25. Juha Kahila veranstaltete mit uns einen Schulungstag zum Thema housing first, an dem **dowas** Mitarbeiter\*innen, aber auch Kolleg\*innen aus anderen Organisationen der Vorarlberger der Wohnungslosenhilfe teilnahmen. Gemeinsam mit ihm fanden Vernetzungstreffen und Kontaktgespräche mit Kolleg\*innen vor Ort bei der Caritas Feldkirch, bei Kaplan Bonetti in Dornbirn und im Kolpinghaus Götzis statt. Die Fachgespräche und Führungen mit den jeweils Verantwortlichen ermöglichten Diskussionen über qualitative und quantitative Aspekte der einzelnen Einrichtungen. Die Rückmeldungen des Kollegen sollten uns ermöglichen, uns weiter zu entwickeln.

Abschließend möchte ich mich im Namen des Vereins bei den vielen Mitwirkenden, Unterstützer\*innen und unseren Mitarbeiter\*innen bedanken, die uns durch ihre Hilfe eine zukunftsweisende fachliche Diskussion ermöglicht haben!







# Ein günstiger Zeitpunkt für Housing First in Finnland und Europa

Die Y-Foundation ist eine Stiftung, die sich national und international einen Namen gemacht hat: mit in etwa 18.500 Mietwohnungen im ganzen Land ist sie der viertgrößte Vermieter in Finnland. Dieser Wohnraum wird Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zur Verfügung gestellt, darunter obdach- und wohnungslose Menschen. Wir sehen das als sehr wichtigen Teil unserer Arbeit, denn seit der Gründung 1985 lautet unsere Devise „Jeder Mensch verdient ein eigenes Zuhause“. Unserer Wahrnehmung nach ist dieser Anspruch heute aktueller denn je.

In Finnland gibt es seit Langem Bemühungen um Obdach- und Wohnungslose. Während in den 1960er-Jahren noch wenig über Obdach- und Wohnungslosigkeit gesprochen wurde, wurde in den 1970ern erstmals ein Wohnprogramm eingeführt, welches auch andere Themen umfasste als das Wohnen selbst. Das Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit ist seither in verschiedensten Programmen adressiert worden. In Finnland werden seit 1987 Statistiken zu Obdach- und Wohnungslosigkeit geführt. Die Datenerhebungen erfolgen seither jährlich. Dies ist die einzige Möglichkeit um die Wirkung der verschiedenen Maßnahmen zu messen und die Grundlage für die Entscheidungen über Schwerpunktsetzungen künftiger Programme. Geht es um die Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit, spielen aussagekräftige Statistiken daher eine Schlüsselrolle. Denn ohne sie ist es sehr schwierig, die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen nachzuweisen.

## **Der Wendepunkt**

Das Jahr 2008 markiert einen Wendepunkt in Finnland, und darüber hinaus in ganz Europa. In diesem Jahr wurde das Housing-First-Modell landesweit als Grundprinzip der Versorgung Obdach- und Wohnungsloser eingeführt. Nicht als Versuch, nicht als Pilotprojekt, sondern das gesamte System wurde umgestellt.

Bereits 2007 berief der damalige Minister für Wohnungsangelegenheiten Jan Vapaavuori von der konservativen Nationalen Sammlungspartei eine Arbeitsgruppe ein, die die „vier weisen Männer“ genannt wurde. Zu dieser Zeit waren die Zahlen Wohnungsloser zwar insgesamt leicht rückläufig, die Zahlen der Langzeitwohnungslosen blieben jedoch auf gleichem Niveau. Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, Maßnahmen vorzuschlagen, die dieses Problem adressierten und zu einer Reduktion der Langzeitwohnungslosen führen würden. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe lautete, das System der Versorgung Wohnungsloser auf den Kopf zu stellen. Das Wohnen sollte nicht mehr durch die Lösung anderer Probleme verdient werden, sondern es sollte den ersten Schritt darstellen, auf den dann andere Schritte und Unterstützungen folgen, wenn benötigt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe erkannten erst nach weiteren Recherchen, dass sie das bereits in den Vereinigten Staaten existierende Housing-First-Modell skizziert hatten.



Die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Maßnahmen fanden die breite politische Unterstützung aller Parteien und so war es möglich, das finnische Housing-First-Modell einzuführen. Das erste nationale Programm unter dem neuen Paradigma wurde von 2008 bis 2011 umgesetzt. Die Ziele waren einerseits eine Reduktion der Langzeitwohnungslosen, andererseits eine Umstellung des Systems der Wohnungslosenhilfe: weg vom bloßen Übernachten in befristeten Angeboten wie Notschlafstellen und Heimen, hin zu dauerhaftem Wohnen.

#### **Nutzung bestehender Einrichtungen**

Die Umstellung erfolgte teils auf außergewöhnliche Art und Weise. Die Heime wurde in Housing-First-Units umgebaut, wo jede\*r Bewohner\*in eine eigene Wohnung mit eigenem Mietvertrag hat, aber dennoch rund um die Uhr Unterstützungspersonal anwesend ist, falls dies benötigt wird. Auf diese Weise standen schnell viele neue Mietwohnungen zur Verfügung und es konnten schon bald gezeigt werden, dass das Housing-First-Modell funktioniert und die Mieter\*innen in der Lage sind, eigenständig zu wohnen und ihre Wohnungen zu behalten.

#### **Zuckerbrot und Peitsche**

Die Politik forcierte die Umstellung. In Helsinki wurden die Betreiber von Notschlafstellen vor die Wahl gestellt: entweder sie gehen den Weg der Umstellung zu Housing First mit, oder die Stadt kauft nicht länger Dienstleistungen bei diesen Anbietern ein. Im Gegenzug bot der Staat den Anbietern finanzielle Unterstützung für den Transformationsprozess. Ein klassisches Beispiel einer Zuckerbrot- und Peitsche-Strategie.

Während dieser ersten Jahre wurde in Finnland zudem eine Studie zu den Kosten durchgeführt, in der ein Vergleich angestellt wurde zwischen den Kosten des neuen Housing-First-Modells und dem althergebrachten Stufensystem. Die Ergebnisse waren erstaunlich: Es konnte nachgewiesen werden, dass die Versorgung einer Person im neuen Housing-First-Modell pro Jahr um ca. 15.000 Euro weniger Kosten verursacht. Das hat einen einfachen Grund: Hat eine obdachlose Person einmal eine eigene Wohnung und die notwendige

aufsuchende Unterstützung, reduzieren sich die Kosten für verschiedenste Arten der Notversorgung wie Notübernachtung, Rettung, Krankenhaus, Polizei oder auch für das Justizsystem deutlich. Zu ähnlichen Ergebnissen mit jährlichen Einsparungen zwischen 5.000 und 15.000 Euro kommen auch Studien aus anderen europäischen Ländern.

Seit 2008 wurde das neue Modell in Finnland kontinuierlich weiterverfolgt, dadurch konnte die Anzahl wohnungsloser Personen signifikant reduziert werden, seit den 1980er-Jahren um 80 %. Aktuell gibt es noch 3950 wohnungslose Personen in Finnland, 65 % von ihnen leben temporär bei Bekannten und Freunden. Obdachlosigkeit ist kaum mehr vorhanden. In der Hauptstadt Helsinki beispielsweise schlafen keine Personen mehr auf der Straße.

### **Erfolge in Finnland – aber anderswo?**

Warum aber konnten andere Europäische Länder die Anzahl obdach- und wohnungsloser Menschen nicht reduzieren, auch wenn sie Housing-First-Modelle eingeführt haben?

Ich denke, das hat einige Gründe. Der erste ist, dass Housing First nur als kleines Pilotprojekt oder Projekt mit limitierter Dauer von 1 bis 3 Jahren eingeführt wird. Dann sollen die Resultate angesehen und entschieden werden, ob es ausgeweitet wird. Ich denke, dass es eigentlich keine Pilotprojekte mehr braucht. Wir haben ausreichend Daten, die sehr deutlich zeigen, dass der Ansatz funktioniert. Es braucht große Transformationsprozesse in den Systemen der Wohnungslosenhilfen, dann können Obdach- und Wohnungslosigkeit reduziert und letzten Endes auch Kosten eingespart werden.

Ein anderer Grund ist die begrenzte Verfügbarkeit von Wohnraum. Ich hatte glücklicherweise in den letzten Jahren Einblick in die Systeme der Unterstützung Wohnungsloser in 15 Ländern Europas. Wenn es um den Ausbau oder die Einführung von Housing First geht, ist die Rückmeldung immer dieselbe: wir haben nicht genug Wohnungen zur Verfügung, deshalb ist es nicht möglich. Ich denke es ist an der Zeit, dass wir anerkennen, dass sich nicht nur einzelne Wohnungen für die Umsetzung von Housing-First Ansätzen eignen, sondern es auch andere Lösungen gibt. Die Housing-First-Units funktionieren in Finnland sehr gut und durch diese Umgestaltung bereits bestehender Gebäude konnten wir rasch eine große Anzahl an Wohnungen zur Verfügung stellen. In Italien wurden Versuche mit Wohngemeinschaften unternommen: zwei Personen wohnen in einer Wohnung (mit jeweils eigenem Mietvertrag), jede\*r hat sein/ihr eigenes Zimmer aber die Küche wird geteilt. Auch mit diesem Modell wurden gute Erfahrungen gemacht.

Diese Lösungen werden jedoch auch kritisch gesehen. Es wird argumentiert, dass der Housing-First-Ansatz ursprünglich nur Einzelwohnungen vorsah und dass davon nicht abgewichen werden sollte. Ich persönlich stelle da gewöhnlich die Gegenfrage: Wollen wir Obdach- und Wohnungslosigkeit beenden oder wollen wir uns strikt an das Konzept halten? Letztlich können wir Housing First nur umsetzen, wenn wir den Wohnraum dazu haben.

Es geht letztlich um die freien Entscheidungen der Betroffenen. In Finnland beispielsweise, können sich Bewohner\*innen aussuchen, ob sie lieber in einer eigenen Wohnung leben möchten oder in einem Housing-First-Unit. Niemand wird zu einer bestimmten Wohnform gezwungen, die Wünsche der Betroffenen werden respektiert.

Was es zudem braucht, sind Maßnahmen zur Prävention von Wohnungslosigkeit. Es gibt viele Länder, in denen Menschen zwar mittels Housing-First-Konzepten von den Straßen geholt werden, wo zur selben Zeit aber mehr andere Menschen auf der Straße landen. Jedes Housing-First-Modell muss daher von einer starken präventiven Arbeit begleitet werden.

### **Den günstigen Zeitpunkt nutzen**

Der Zeitpunkt für die Einführung von Housing-First-Modellen ist aktuell günstig. Wir müssen sicherstellen, dass wir diesen günstigen Zeitpunkt ausnützen. Dafür ist es wichtig, dass das Housing-First-Modell mit Statistiken sinkender Wohnungslosigkeit überzeugt. Um das zu erreichen, dürfen wir nicht nur auf Einzelwohnungen setzen, sondern brauchen auch andere Optionen wie die Housing-First-Units oder Wohngemeinschaften.

In diesem Herbst habe ich einen Satz gehört, der mir immer wieder in den Sinn kommt und das Housing-First-Modell gut beschreibt: „Shelter solves sleeping. Housing solves homelessness.“ (Anmerkung: „Notschlafstellen lösen die Frage, wo jemand schläft. Wohnungen lösen das Problem der Wohnungslosigkeit“).

**Juha Kahila**

Y-Foundation Helsinki









# Obdach- und Wohnungslosigkeit in Österreich beenden: Strategien – Konzepte – Netzwerke – Erfolge

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) engagiert sich seit 1991 als Dachverband der Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe für das ambitionierte Ziel, Obdach- und Wohnungslosigkeit zu beenden. Dazu organisieren wir österreichweite Vernetzungen und Fachtagungen, leisten gezielte Öffentlichkeitsarbeit, geben Impulse zur qualitativen Weiterentwicklung, fördern fachlichen Austausch und bringen Expertise überall dort ein, wo sie zur Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit hilfreich sein kann. Zwei wesentliche Arbeitsschwerpunkte der jüngeren Vergangenheit waren die breite Diskussion und Positionierung zum Thema „Wohnen für alle – leistbar, dauerhaft und inklusiv“<sup>1</sup> sowie die Erarbeitung und Veröffentlichung des Policy Papers „Obdachlosigkeit beenden. Eine bundesweite Strategie“<sup>2</sup>. In der BAWO sind wir davon überzeugt, dass Wohnen eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung darstellt, die kontinuierlich an Bedeutung gewinnt. Insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen spitzt sich die Lage am Wohnungsmarkt zu: Steigende Mieten, hohe Einstiegskosten (Provision, Kautions, Ablöse, Umzugskosten, Zwischenlösungen), befristete Mietverträge und die aktuellen Teuerungen im Bereich der Energieversorgung sind als Schwerpunkte zu nennen.

Die Wohnungslosenhilfe fungiert hier als Seismograph und nimmt aktuelle Entwicklungen und besondere Herausforderungen dort wahr, wo sie besonders stark auftreten: bei den Menschen, die ihre Wohnung verlieren, weil sie sie sich nicht mehr leisten können; bei denen, die keine leistbare Wohnung finden; bei jenen, die keinen Anspruch auf Unterstützungsleistungen haben sowie bei denen, die von ihren äußerst prekären und angespannten Wohnverhältnissen berichten und keinen Ausweg daraus finden.

## **Ein Perspektiven- und Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe**

Obdach- und Wohnungslosigkeit wurde lange Zeit als Frage individuellen Scheiterns in der Lebensbewältigung betrachtet. Die Antwort der Wohnungslosenhilfe war häufig personenzentrierte Beratung und Begleitung mit paternalistischem Anstrich und dem Ziel, die Betroffenen auf dem Weg der Veränderung ihrer Lebenssituationen zu unterstützen. Dieses Problemverständnis führte zu einer Überbetonung von Brüchen in den Biographien obdach- und wohnungsloser Menschen und dazu, strukturelle Ebenen, die Obdach- und Wohnungslosigkeit bedingen, zu wenig zu beachten. Die BAWO setzt sich dafür ein, gesellschaftspolitische Faktoren als Ursachen mehr Bedeutung zu schenken und neue Strategien zur Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit zu entwickeln. Dabei liegt die Überzeugung zugrunde, dass nicht alleine Sozialpolitik und Soziale Arbeit zum Handeln aufgefordert sind, sondern das Zusammenwirken von sozial- und wohnpolitischen Maßnahmen zentral ist. „Wohnen für alle – leistbar, dauerhaft und inklusiv“<sup>3</sup> ist der Anspruch, dem es gerecht zu werden gilt.

Elisabeth Hammer  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe  
(BAWO)



### **Zur Unschärfe von Kennzahlen und unabgedeckten Bedarfen**

Obdach- und Wohnungslosigkeit sind als Phänomene in Österreich nur sehr schwer in belastbaren Zahlen abzubilden. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass alle Formen von (verdeckter) Wohnungslosigkeit und prekärem Wohnen mit bisherigen Methoden nur sehr schwer statistisch erfassbar sind und auch Angebote der Wohnungslosenhilfe hier oft nicht die Bedarfe der betroffenen Personen abdecken. Damit sind z. B. Menschen gemeint, die ohne Mietvertrag in einer Wohnung wohnen oder Personen, insbesondere Frauen, die in Abhängigkeitsverhältnissen leben, von Gewalt bedroht oder dieser ausgesetzt sind. Oder aber Menschen, die Obdachlosigkeit vermeiden, indem sie in Hotels oder Pensionen, bzw. bei Verwandten und Freund\*innen temporär unterkommen.

Es gilt hier, einerseits Methoden zu entwickeln, um diese Phänomene in Zahlen besser darstellbar zu machen. Andererseits ist daraus auch die Anforderung abzuleiten, passende Angebote zu schaffen, um Menschen in prekären Wohnverhältnissen zu erreichen und ihnen Möglichkeiten zu einer langfristigen, gesicherten Wohnversorgung zu bieten. Das Ziel muss es sein, Obdach- und Wohnungslosigkeit dort zu erkennen und zu bekämpfen, wo sie auftreten und nicht, sie zu verstecken.

### **Leistbare Wohnungen als Dreh- und Angelpunkt**

Leistbare Wohnungen sind der Dreh- und Angelpunkt bei allen strukturellen Überlegungen zu Ursachen und Lösungsstrategien rund um das Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit. Zwei Aspekte sind hier bedeutsam:

- Es gibt nicht genügend Wohnungen, die insbesondere für Personen mit niedrigem Einkommen leistbar und verfügbar sind.
- Die Zugänge zu leistbaren Wohnungen sind so gestaltet, dass bestimmte Zielgruppen nicht erreicht bzw. ausgeschlossen werden.

Im Segment des gewerblichen Wohnbaus sind insbesondere gesetzliche Anpassungen (Mietpreisobergrenzen, Verbot von befristeten Mietverträgen, Antidiskriminierungsmaßnahmen, etc.) erforderlich, um Wohnraum leistbar zu machen. Im gemeinnützigen und kommunalen Wohnbau ist vor allem hinsichtlich der Zugänge Handlungsbedarf zu konstatieren. Durch allgemeine

Änderungen von Zugangsvoraussetzungen könnten hier Barrieren für Menschen mit dringendem Wohnbedarf abgebaut werden, dies gilt z.B. für das Thema mehrjähriger durchgehender Hauptwohnsitzmeldungen, die in starkem Widerspruch zur Lebensrealität obdach- und wohnungsloser Menschen stehen. Zusätzlich dazu können Housing First Projekte in enger Kooperation mit gemeinnützigen Bauträgern ein Angebot darstellen, um leistbaren Wohnraum für viele Zielgruppen auf Basis sozialer Kriterien zugänglich und nachhaltig gesicherte Wohnverhältnisse möglich zu machen.

### **„zuhaus ankommen“ als Leuchtturmprojekt**

Das Projekt „zuhaus ankommen“, das von der BAWO im Auftrag des Sozialministeriums durchgeführt wird, ist zentral an der Forderung nach „Wohnen für alle – leistbar, dauerhaft und inklusiv“ orientiert. Der Housing First Ansatz wird hier in den Mainstream der Wohnungslosenhilfe gebracht und bietet nachhaltige und langfristige Lösungen für wohnungslose Menschen. Menschen, die von Obdach-/Wohnungslosigkeit betroffen sind, erhalten eine leistbare Wohnung mit eigenem Mietvertrag und passgenaue sozialarbeiterische Unterstützung dort, wo sie benötigt wird. „zuhaus ankommen“ ist ein Leuchtturmprojekt für Housing First in Österreich: Es wird operativ gegenwärtig in sechs Bundesländern ausgerollt und konnte binnen kürzester Zeit sehr starke Kooperationen aufbauen. Im ersten Jahr wurden knapp 300 Wohnungen an nahezu 600 Menschen vermittelt<sup>4</sup>; über 50 gemeinnützige Bauträger wurden für das Projekt gewonnen und stellen seither Wohnungen zur Verfügung.

### **Housing First breit ausrollen: Vom Projekt zum Programm**

Worauf ein Projekt wie „zuhaus ankommen“ allerdings angewiesen ist, ist der politische Wille, Obdach- und Wohnungslosigkeit strukturell zu bekämpfen und dabei direkt am Wohnen anzusetzen. Erst kürzlich wurde das Projekt vom Sozialministerium für ein weiteres Jahr verlängert. Es wird also weiter intensiv daran gearbeitet, Wohnungen an wohnungslose Menschen zu vermitteln und gleichzeitig lokale sowie regionale Entscheidungsträger\*innen mit den Erfolgen des Projekts davon zu überzeugen, Housing First langfristig zu planen und budgetäre Weichen in diese Richtung zu stellen. Auch in Vorarlberg hat die Kooperation von gemeinnützigen Bauträgern, Gemeinden und der Wohnungslosenhilfe bereits ein gutes Fundament. Darauf gilt es weitere nachhaltige Housing First Angebote aufzubauen, Finanzierungen im Land sicherzustellen sowie Expertise und Erfahrungen in den österreichischen Diskurs einzubringen. Aus Sicht der BAWO wäre es auf jeden Fall angezeigt, „zuhaus ankommen“ nicht als Projekt fortzuführen, sondern als Programm im Regelsystem zu etablieren.

### **Eine Strategie zur Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit konzipieren**

Ein solches Programm könnte Teil einer bundesweiten, kohärenten Strategie zur Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit sein, wie sie die BAWO fordert und wie sie auch von der EU mit der Plattform EPOCH<sup>5</sup> als Agenda forciert wird.

Hierbei gilt es, in einem kooperativen Prozess alle relevanten Stakeholder im Wohnbau und im Sozialbereich auf Bundesebene, in den Ländern sowie in den Gemeinden einzubeziehen. Ziel einer Strategie ist es, auf Basis geteilter Daten und Fakten gemeinsam zu fixieren, wie beim Ziel der Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit konkret zu navigieren ist und welche Umsteuerungen, Adjustierungen und Adaptierungen vorgenommen werden müssen. Housing First ist dabei als zentrale Maßnahme im Kern zu verankern; begleitende zielgruppenspezifische Angebote können nach Bedarf und unter bestmöglicher Berücksichtigung von Dezentralisierung und Deinstitutionalisierung konzipiert werden.

Die BAWO hat im Vorfeld dazu ein vom Sozialministerium gefördertes und mit Expert\*innen ausgearbeitetes Policy Paper vorgelegt: „Obdachlosigkeit beenden. Eine bundesweite Strategie“<sup>6</sup>. Darin wird ein konkretes und messbares Ziel formuliert: Durch die Vergabe von 25.000 leistbaren, dauerhaften und inklusiven Mietwohnungen aus dem Bestand wird innerhalb von fünf Jahren Obdachlosigkeit beendet – und zwar ohne neue Formen von prekärem Wohnen zu schaffen. Derartige nationale Strategien gibt es derzeit in sechs EU-Mitgliedsländern, in weiteren fünf Mitgliedsländern findet gegenwärtig eine Ausarbeitung solcher Strategien statt. Finnland zeigt bereits seit 2008 vor, was in dieser Hinsicht dann möglich ist, wenn es ein staatliches Bekenntnis für nachhaltige Maßnahmen gibt und diese engagiert umgesetzt werden. Österreich sollte hier rasch Verantwortung übernehmen und ebenfalls ins Handeln kommen.

### **Für eine Wohnungslosenhilfe mit stärkeren Gestaltungsanspruch**

Was es braucht, ist eine attraktive und klare Zielorientierung, die damit bricht, Probleme kleinzuhalten und zu verwalten, sondern die Vision gezielt auf den Punkt bringt: Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit beenden. Um diese Vision umsetzen zu können, ist die Arbeit in Netzwerken und Kooperationen mit Stakeholdern aus Politik, Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft – und auch in ganz neuen und ungewöhnlichen Allianzen – erforderlich. Anspruchsvolle Pilotprojekte zeigen, was in einer kleinen Dimension möglich ist und können dann als Aufforderung an relevante Entscheidungsträger\*innen herangetragen werden, um diese breiter zur Umsetzung zu bringen. So kann es gelingen, dass sich die Wohnungslosenhilfe selbst wieder mit einem stärkeren Gestaltungsanspruch beauftragt und über kleinteilige Lösungsstrategien hinausdenkt. Denn sicher ist: In der Angelegenheit der Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit stehen wir auf der Seite des Machbaren.

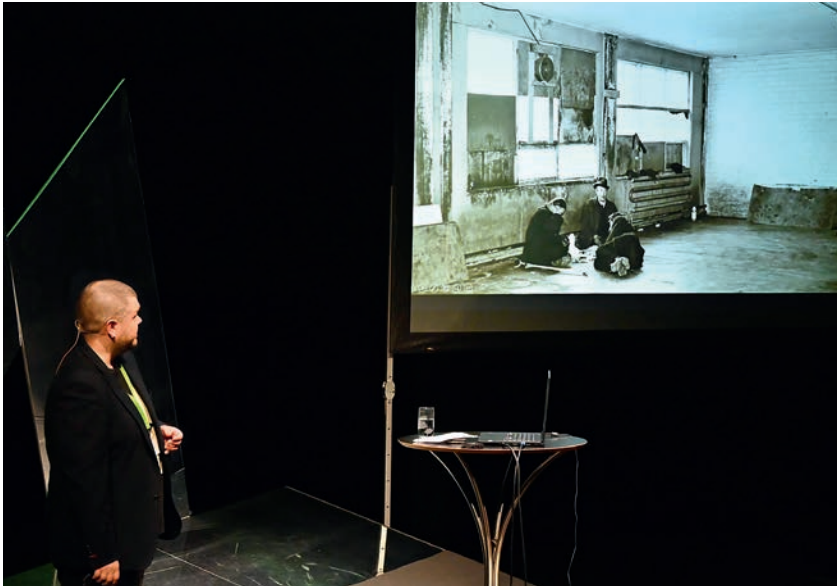
### **Elisabeth Hammer**

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO), Wien

- 1 [https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2019/12/191107\\_Bawo\\_PP\\_Doppelseiten.pdf](https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2019/12/191107_Bawo_PP_Doppelseiten.pdf)
- 2 [https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2021/04/BAWO\\_Policy\\_Paper.pdf](https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2021/04/BAWO_Policy_Paper.pdf)
- 3 [https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2019/12/191107\\_Bawo\\_PP\\_Doppelseiten.pdf](https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2019/12/191107_Bawo_PP_Doppelseiten.pdf)
- 4 Bis dato sind knapp 60 % der über zuhause ankommen vermittelten Wohnungen an Frauen vermietet worden – d. h. es werden Menschen erreicht, die normalerweise häufig in verdeckter Wohnungslosigkeit leben. Der Anteil an Kindern, denen mit zuhause ankommen geholfen werden konnte, liegt bei 40 %.
- 5 <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1550&langId=de>
- 6 [https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2021/04/BAWO\\_Policy\\_Paper.pdf](https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2021/04/BAWO_Policy_Paper.pdf)









# Ansätze und Strategien für Vorarlberg im Kampf gegen Wohnungslosigkeit

Dieser Textbeitrag soll – anschließend an die Beiträge aus Finnland und Österreich – einen Überblick über die Angebote der Wohnungslosenhilfe in Vorarlberg geben, über dahinterliegende Strategien und Ansätze, positive Entwicklungen sowie aktuelle Herausforderungen.

## **Die Angebote der Vorarlberger Wohnungslosenhilfe**

Die Angebote der Wohnungslosenhilfe in Vorarlberg werden von sechs Organisationen betrieben:

dowas in Bregenz, die Kolpinghäuser Bregenz und Götzis, Kaplan Bonetti in Dornbirn, die Caritas und das Institut für Sozialdienste (IfS) Wohnen. Diese Einrichtungen sind auch die Kernmitglieder der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Wohnungslosenhilfe. Sie werden ergänzt durch Vertreter\*innen der Vorarlberger Landesregierung (Abteilungen Wohnbauförderung und Soziales), durch den Verein Neustart und den Arbeitskreis für Vorsorge- und Sozialmedizin (AKS). Die ARGE Wohnungslosenhilfe ist das Vernetzungsgremium der Einrichtungen und berät die Landesregierung.

Die Angebote im Bereich Wohnungslosenhilfe in Vorarlberg unterteilen sich in drei stationäre Einrichtungen mit insgesamt ca. 230 Wohnplätzen und zwei Notschlafstellen in Bregenz (12 Plätze) und Feldkirch (9 Plätze). Dazu kommen ambulante Beratungsstellen mit Angeboten in allen vier Bezirken und 5 Krisenwohnungen des IfS. Das IfS Wohnen koordiniert zudem einrichtungsübergreifend die Delogierungsprävention in Vorarlberg. Dort ist seit dem Jahr 2013 auch die Kompetenzstelle Siedlungsarbeit angesiedelt, die sich mit Fragen des Zusammenlebens in gemeinnützigen Wohnanlagen beschäftigt.

Neben den „klassischen“ Wohnungslosenhilfeeinrichtungen gibt es noch zahlreiche Angebote im Nahbereich zur Wohnungslosenhilfe. Hier wäre etwa die Frauennotwohnung zu nennen, aber auch Angebote im Bereich Sozialpsychiatrie, Suchthilfe, Bewährungshilfe, usw.

## **Strategien und Ansätze**

Damit Wohnungslosenhilfe wirksam sein kann, sind zwei Dinge ganz essentiell. Das ist einerseits die Prävention. Ein Wohnungsverlust muss möglichst verhindert werden. Andererseits benötigt es schnelle Ausgänge aus der Wohnungslosigkeit. Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe setzen daher in enger Abstimmung mit dem Land stark auf Prävention. Dies zeigt sich auch in den Zahlen, die die ARGE Wohnungslosenhilfe jährlich erhebt. So wohnten im Oktober 2021 insgesamt 64 % der Personen, die an den ambulanten Beratungsstellen beraten oder betreut wurden, in eigenen Wohnungen (ARGE Wohnungslosenhilfe 2021). Dieses Ergebnis ist ein starkes Indiz dafür, dass die präventive Ausrichtung der Vorarlberger Wohnungslosenhilfe funktioniert und Menschen mit akuten oder perspektivischen Wohnproblemen oft frühzeitig erreicht werden können, um einen Wohnungsverlust zu verhindern.

Der Delogierungsprävention kommt hierbei naturgemäß eine ganz wichtige Aufgabe zu. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gibt es in Vorarlberg

Michael Hämmerle  
ARGE Wohnungslosenhilfe  
Vorarlberg



nicht eine ausschließlich auf Delogierungsprävention spezialisierte Fachstelle. Der Ansatz ist ein kooperativer, der das bestehende soziale Netz und die Wohnsitzgemeinden mit involviert. Gemeinsam mit dem Land Vorarlberg, den Gemeinden, gemeinnützigen Wohnbauträgern und Sozialeinrichtungen wird das Ziel verfolgt, Wohnungsverluste nachhaltig zu verhindern.

Für schnelle Auswege aus der Wohnungslosigkeit benötigt es einen funktionierenden Wohnungsmarkt, der wohnungslosen Menschen die Reintegration ermöglicht. Mit Hinblick auf die stark gestiegenen Wohnungspreise in den letzten Jahren – speziell am privaten Mietwohnungsmarkt, kommt dem gemeinnützigen Wohnbau eine immer größere Bedeutung zu. Hierbei stellt sich einerseits die Frage, ob es ausreichend gemeinnützige Wohnungen gibt, andererseits, wer diese Wohnungen bekommt.

In der Wohnungsvergaberichtlinie für gemeinnützige Wohnungen sind vier wesentliche Ansätze beschrieben (Wohnbauförderung 2021):

- Ambulant vor stationär
- Integration statt Separation
- Autonomes, selbstbestimmtes und leistbares Wohnen
- Housing first

Die Dringlichkeitsreihung bei der Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen legt einen verstärkten Fokus auf die Wohnsituation der Bewerber\*innen. Menschen ohne Unterkunft, Menschen in Notschlafstellen oder stationären Einrichtungen erhalten hier eine deutlich höhere Bepunktung. Dies soll mit-helfen, Ausgänge aus der Wohnungslosigkeit zu schaffen. Je schneller, desto besser.

Da Vorarlberg trotz einer stark gestiegenen Bautätigkeit im gemeinnützigen Wohnungsbau seit 2014 noch immer zu den Bundesländern mit dem niedrigsten Anteil an gemeinnützigen Wohnungen gehört, kommt dem privaten Wohnungsmarkt eine wichtige Rolle zu. Das Vorarlberger Sozialleistungsgesetz bietet die Möglichkeit der Übernahme von unmittelbar erforderlichen Anmietungskosten (Kautionen, Finanzierungsbeiträge, in begründeten Einzelfällen auch Provisionen). Die Wohnbeihilfe ist nicht wie in einzelnen anderen Bundesländern auf den geförderten Wohnbau beschränkt.

**Erfolge und positive Entwicklungen**

Durch die Angebote der Wohnungslosenhilfe in Vorarlberg konnte die Anzahl der akut obdachlosen Personen, die im öffentlichen Raum schlafen, seit der Gründung der ARGE Wohnungslosenhilfe Ende der 1980er-Jahre deutlich reduziert werden. Es ist gelungen, diese Zahl auch in den letzten Jahren auf einem niedrigen Niveau zu halten. Man ist es zum Glück in Vorarlberg nicht gewohnt, Menschen auf der Straße schlafen zu sehen. Zum Zeitpunkt der letzten Erhebung der ARGE Wohnungslosenhilfe im Oktober 2021 waren in ganz Vorarlberg insgesamt 27 Personen, die mit einer ambulanten Einrichtung in Kontakt waren, akut obdachlos (ARGE Wohnungslosenhilfe 2021).

Die Anzahl der Räumungsverfahren an den Bezirksgerichten in Vorarlberg hat sich seit der Gründung der Koordinationsstelle Delogierungsprävention beim IfS Wohnen im Jahr 2005 halbiert. Wenn man bedenkt, dass im selben Zeitraum von 2005–2021 die Anzahl der Haushalte um ca. 20 % zugenommen hat, verdeutlicht das den großen Erfolg der Delogierungsprävention.

In den letzten 15 Jahren konnte das Angebot an stationären Wohnplätzen in der Wohnungslosenhilfe ganz im Sinne des Ansatzes „ambulant vor stationär“ deutlich reduziert werden. Alleine das Kaplan Bonetti Haus hat seit dem Tod des Gründers und langjährigen Leiters Emil Bonetti im Jahr 2007 seine Kapazität mehr als halbiert. Dies ist durch den gleichzeitigen Aufbau eines ambulanten und präventiven Angebots gelungen. Gleichzeitig hat das Projekt Soziales Netzwerk Wohnen einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung gehabt.

Dieses an das Housing-First Konzept angelehnte Projekt hat seit 2006 insgesamt 221 gemeinnützige Wohnungen an Klient\*innen der Wohnungslosenhilfe vergeben. Beim Bau einer neuen gemeinnützigen Wohnanlage stellt die Standortgemeinde dem Sozialen Netzwerk Wohnen eine Wohnung zur Verfügung. Diese Wohnungen werden von den Partnereinrichtungen des Sozialen Netzwerk Wohnens an Personen vermittelt, die einen hohen sozialarbeiterischen Betreuungsbedarf aufweisen und gleichzeitig kaum Chancen auf eine rasche Wohnungsvergabe durch die Gemeinde haben. Die Personen haben einen direkten Mietvertrag mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern und gehen eine verpflichtende sozialarbeiterische Betreuung für die Dauer der ersten drei Jahre ein. Der Erfolg ist enorm. Von den bisher 221 vergebenen Wohnungen gab es nur 7 Delogierungen. Das Soziale Netzwerk Wohnen hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Idee von Housing First auch in Vorarlberg breite Unterstützung erhält. Die Zahlen zeigen, dass es funktioniert.

Auch außerhalb dieses Projektes wurde der Zugang zu gemeinnützigen Mietwohnungen für Wohnungslose deutlich verbessert. Die Anwartschaftszeiten – das sind Meldezeiten in einer Gemeinde, die vorliegen müssen um einen Antrag stellen zu können – führten dazu, dass Personen mit sehr dringendem Wohnbedarf nicht einmal einen Antrag stellen konnten. Zudem vergab jede Gemeinde die Wohnungen nach eigenen Kriterien. Aus Sicht der ARGE Wohnungslosenhilfe war die Wohnungsvergaberichtlinie des Landes aus dem Jahr 2015 ein großer Erfolg. Diese ermöglichte nicht nur erstmals eine einheitliche Wohnungsvergabe, sondern es wurde auch eine landesweit einheitliche Dringlichkeitsreihung eingeführt. Diese wurde noch einmal überarbeitet sodass Personen mit dringendem Wohnbedarf nun rascher Wohnungszuweisungen erhalten. Heute kann sich zudem jede Person mit einem unbeschränkten Zu-

gang zum Arbeitsmarkt und einem Wohnsitz oder Arbeitsplatz in Vorarlberg vom ersten Tag an um eine gemeinnützige Wohnung bewerben. Wäre das Angebot im gemeinnützigen Wohnbau groß genug um Notfälle rasch wieder mit Wohnungen versorgen zu können – es bräuchte keine Projekte mehr wie das Soziale Netzwerk Wohnen. Leider sind wir davon weit entfernt. Die Wartelisten in den Gemeinden sind nach wie vor sehr lange.

### **Aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze**

Abschließend soll noch auf zwei Herausforderungen eingegangen werden, mit denen die Wohnungslosenhilfe in Vorarlberg aktuell konfrontiert ist. Das ist zum einen die Entwicklung des Wohnungsmarktes. Seit Jahren steigen die Kosten am privaten Wohnungsmarkt stark an. Das Rheintal gehört inzwischen zu den teuersten Regionen in Österreich. Die Gehaltsabschlüsse der letzten Jahre kommen dieser Entwicklung nicht annähernd nach, die Schere zwischen Wohnkosten und verfügbaren Einkommen öffnet sich immer weiter. Es muss ein viel höherer Anteil des Einkommens für die Wohnkosten aufgewendet werden. In unserer Erhebung vom Oktober 2021 zeigt sich ein auffälliger Trend: Gut vier Fünftel der befragten Haushalte geben mehr als 30% ihrer Einnahmen für Wohnen aus. Mehr als ein Drittel der Haushalte gibt sogar mehr als 40% für Wohnen aus. Die Anzahl der Haushalte, die mehr als 50% ihres Einkommens für die Wohnkosten aufbringen müssen, steigt dabei kontinuierlich (ARGE Wohnungslosenhilfe 2021). In der Literatur wird von Leistbarkeit gesprochen, wenn nicht mehr als 25 bis 30% des Haushaltseinkommens für das Wohnen ausgegeben wird.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig und reichen von Wohnen als Wertanlage aufgrund des niedrigen Zinsniveaus, über den niedrigen Anteil gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand, den stark gestiegenen Grundstücks- und Baukosten, bis hin zur Tatsache, dass Vorarlberg nach wie vor eine wirtschaftlich prosperierende Region ist.

Es wird große Anstrengungen und vor allem mutige politische Entscheidungen brauchen. Die aktuell stark zurückgegangene Bau- und Planungsaktivität im gemeinnützigen Wohnbau ist aufgrund der aktuellen Situation mit der unsicheren Preisentwicklung nachvollziehbar. Wenn hier aber von einem überhitzten Markt in der Bauwirtschaft und im Handwerk gesprochen wird, muss schon die Frage erlaubt sein, ob nicht dem leistbaren, gemeinnützigen Wohnbau dann die absolute Priorität zukommen sollte? Wohnen als Grundbedürfnis und Menschenrecht ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es muss politisches Ziel sein, dieses Menschenrecht und Grundbedürfnis adäquat abzudecken. Das Ziel muss lauten: Wohnen für Alle. Dauerhaft. Leistbar. Inklusiv (BAWO 2017).

Eine zweite Herausforderung ist die Schnittstelle zwischen der Wohnungslosenhilfe und den vorgelagerten Systemen speziell im Bereich des Gesundheitswesens. Seit Jahren gibt es in den Einrichtungen der Vorarlberger Wohnungslosenhilfe eine zunehmende Anzahl von schwer psychisch erkrankten Menschen. Der jährliche Psychiatriebericht des Landes Vorarlberg zeigt, dass sich in der Wohnungslosenhilfe die deutlich auffälligeren psychisch erkrankten Menschen finden als in den Einrichtungen der Sozialpsychiatrie. Dies liegt daran, dass die vorgelagerten Systeme zu durchlässig in ihren Konzepten sind.

Psychiatrische Erkrankungen in Verbindung mit einer Suchterkrankung, nicht vorhandene Krankheitseinsicht, die Nichteinwilligung in eine medizinische Behandlung oder das zusätzliche Vorhandensein eines Pflegebedarfs führen oftmals dazu, dass diese Menschen in den für sie gedachten Einrichtungen keinen Platz finden und daher in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe landen. Diese unbehandelten, schwer psychisch kranken Menschen bedürfen in erster Linie einer medizinischen Behandlung oder dauerhaften Pflege, was diese Einrichtungen jedoch nicht leisten können. Hier fehlen im medizinischen Bereich ausgebildete Fachkräfte, die Personalschlüssel sind deutlich geringer als in den eigentlich vorgelagerten, spezialisierten Systemen und es gibt kaum Zugang zu fachärztlicher Betreuung. Die ARGE Wohnungslosenhilfe versucht seit Jahren für Verbesserungen im System einzutreten. Die Umsetzung des Psychatriekonzepts des Landes ist dabei ein wichtiger Schritt. Der Personalmangel in den Pflegeheimen aber auch bspw. auf der Gerontopsychiatrie im Landeskrankenhaus Rankweil verschärft die Situation zunehmend. Betroffene erhalten leider nicht immer die notwendige medizinische und pflegerische Behandlung. In vorgelagerten Systemen wie bspw. der Sozialpsychiatrie oder der Suchthilfe müssen bestehende Konzepte überdacht werden. Es muss klar sein, dass die Wohnungslosenhilfe diese Problematik nicht auf Dauer alleine meistern kann.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass seit der Gründung der ARGE Wohnungslosenhilfe Ende der 1980er Jahre vieles an verbesserten Rahmenbedingungen und Professionalisierung gelungen ist. Es gibt aber nach wie vor sehr große Herausforderungen, denen gesamtgesellschaftlich begegnet werden muss.

#### **Quellenverzeichnis**

- ARGE Wohnungslosenhilfe 2021: ARGE Wohnungslosenerhebung 2021.
- BAWO 2017: Wohnen für Alle. Dauerhaft. Leistbar. Inklusiv.
- Wohnbauförderung 2021: Wohnungsvergaberichtlinie für integrative Miet- und Mietkaufwohnungen und betreute Wohnungen.











**Für die Unterstützung der Veranstaltung  
bedanken wir uns bei den folgenden Fördergebern:**

Land Vorarlberg



Sozialfonds Vorarlberg



Bundesministerium Soziales



Landeshauptstadt Bregenz



Bundesministerium für Justiz



